

Das Projekt „Kommunen für alle? – Rassismuskritik in kommunalen Verwaltungen“

Ausgangslage für das Projekt:

Kommunalverwaltungen prägen den Alltag vieler Bürger*innen, in dem sie als demokratische Institution, Regelungsinstanz, Arbeitgeberin, Dienstleisterin und Vertragspartnerin zentrale Funktion für die Demokratie vor Ort ausüben. Im Kontakt mit kommunalen Verwaltungen entscheidet sich oft zuerst, ob staatliches Handeln als gerecht, zugänglich und vertrauenswürdig erlebt wird. In unseren von Einwanderung geprägten Stadtgesellschaften kommt Verwaltungen daher eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung eines gleichberechtigten Zusammenlebens zu.

Kommunalverwaltungen tragen entscheidend zur gesellschaftlichen Resilienz bei, weil sie bestimmen, wie staatliches Handeln im Alltag erfahren wird. Studien wie der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) zeigen, dass insbesondere Menschen mit Rassismuserfahrungen deutlich weniger Vertrauen in Institutionen haben – ein Risiko für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig macht die EU-Grundrechteagentur deutlich, dass Verwaltungen dort Vertrauen aufbauen, wo sie Vielfalt aktiv gestalten und Zugänglichkeit fördern.

Die öffentliche Verwaltung steht – wie die Gesellschaft insgesamt – vor der Aufgabe, sich kontinuierlich weiterzuentwickeln. Um ihrer Verpflichtung zu gleichberechtigten Dienstleistungen für alle Bürger*innen gerecht zu werden, braucht es gezielte Werkzeuge und Kompetenzen. Ein prozessorientierter Kompetenzaufbau kann Städte und Gemeinden dabei unterstützen, ihre Rolle in der postmigrantischen Gesellschaft zukunftsfähig zu gestalten.

Das Projekt:

Das Modellprojekt „Kommunen für alle? – Rassismuskritik in kommunalen Verwaltungen“ setzt genau hier an. Es unterstützt Kommunen dabei, ihre Verwaltungsstrukturen in Hinblick auf die Einwanderungsgesellschaft zu modernisieren und ihr Verwaltungshandeln hinsichtlich Vielfaltskompetenz mit einem Schwerpunkt auf Rassismus zu professionalisieren. So können Kommunen der Verpflichtung gleichberechtigte Dienstleistungen für alle Bürger*innen zu erbringen gerecht werden.

Zu Projektbeginn erfasst eine Bedarfserhebung bei Kommunen, welche Strukturimpulse notwendig sind, um Kommunalverwaltungen umfassend und praxisorientiert zu professionalisieren und Strukturen und Prozesse so rassismuskritisch weiterzuentwickeln.

Dies dient als Basis, auf der Handlungsempfehlungen und Schulungsmodule erarbeitet werden, die in 10 Modellkommunen pilotiert und langfristig standardisiert werden, so dass sie von Kommunen bundesweit genutzt werden. Dazu gehören:

1. Die Erarbeitung und Einführung von Verwaltungen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft gemeinsam entwickelten **Handlungsempfehlungen zu „Rassismus in kommunalem**

Verwaltungshandeln“. Diese Empfehlungen dienen künftig als praktisches Orientierungsinstrument für Verwaltungshandeln in der Einwanderungsgesellschaft, um Rassismen und Ungleichbehandlungen in den Routinen und standardisierten Abläufen besser zu erkennen und diesen gezielter entgegenzuwirken.

2. Die **Professionalisierung der Verwaltung im Umgang mit Rassismus**, um den Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft gerecht zu werden. Dazu gehören praxisnahe Schulungsmodule, die Verwaltungsmitarbeitende befähigen, rassismuskritisch zu handeln und diskriminierende Strukturen zu erkennen. Ziel ist es, Mitarbeitende zu stärken, damit Prozesse und Dienstleistungen fair gestaltet werden und alle Menschen gleichberechtigt Zugang und Teilhabe erhalten.
3. Um gleichberechtigte Teilhabe in der kommunalen Verwaltung zu fördern, braucht es neben **Empowerment-Maßnahmen für von Rassismus betroffene Mitarbeitende**, die Selbstverpflichtung der Stadt als Arbeitgeberin, ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld zu schaffen, Repräsentationslücken zu erkennen und strukturelle Veränderungen voranzutreiben. Ein Mitarbeitendennetzwerk, unterstützt und vernetzt von Rassismus betroffene Mitarbeitende und bringt ihre Perspektiven in die Organisationsentwicklung ein.

Ein interdisziplinär besetztes Expert*innengremium begleitet das Projekt kontinuierlich, um Qualität und Wirksamkeit sicherzustellen sowie neue Impulse in die Umsetzung einfließen zu lassen. Eine externe Evaluation des Projekts erfolgt durch das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

Zielgruppe:

Das Projekt richtet sich an kommunale Verwaltungen in ganz Deutschland, insbesondere an die Mitgliedskommunen der ECCAR.

Hintergrund der Organisation und Expertise:

Das Projekt „Kommunen für alle? Rassismuskritik in kommunalen Verwaltungen“ wird von der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) angesiedelt beim Amt für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg umgesetzt und wird vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend als Innovationsprojekt im Rahmen des Programms *Demokratie leben!* vier Jahre gefördert.

Die Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) ist ein Netzwerk von über 150 Städten, das 2004 unter der Schirmherrschaft der UNESCO gegründet wurde. Ziel der Koalition ist es, Städte in ihrem Engagement gegen Rassismus zu unterstützen und den Schutz von Menschenrechten auf lokaler Ebene zu fördern.



European Coalition
of Cities
Against Racism



Ansprechpartnerin:

Jasemin Seven

Projektleitung „Kommunen für alle? – Rassismuskritik in kommunalen Verwaltungen“

Europäische Städtekoalition gegen Rassismus e. V. (ECCAR e. V.)

Amt für Chancengleichheit, Stadt Heidelberg

Eppelheimer Straße 13, 69115 Heidelberg, Deutschland

Telefon: +49 (0)151 56123516

E-Mail: office@eccar.info

Webseite: eccar.info

